

nur für Sozialdemokraten galten. Vielmehr ist es so, daß das – Herr Fischer hat es vorhin ja auch schon festgestellt – auf sehr breiter Front geschah. Diese Prozesse will ich nachzeichnen und schauen, wie sie in ihren verschiedenen, differenzierten Formen aussehen.

Ich denke auch an alle Formen von Kriminalisierung politisch Handelnder bzw. unliebsamer Sozialdemokraten. Der Fall Brundert ist hier ein Beispiel. Da wurde Wirtschaftskriminalität als Vorwand genommen. Das ist, glaube ich, ein Bereich, der immer noch in der Betrachtung ein wenig zu kurz kommt. Es geht dabei um all die Formen von Kriminalisierung, die es bis weit in die fünfziger Jahre hinein gab.

Der dritte Aspekt, der untersucht werden muß, ist nicht zu unterschätzen. Dabei geht es um all die vielfältigen Formen von Anpassungsprozessen, die freiwillig und unfreiwillig im Laufe der Jahre stattgefunden haben. Das war das Schicksal von sehr, sehr vielen Sozialdemokraten – wenn es nicht sogar die Mehrheit betrifft, wenn man von der Ausgangszahl ausgeht. Zumindest war das auch das Schicksal von Namenlosen. Auch sie sollten mit berücksichtigt werden. Im Hinblick auf Anpassungsprozesse ist zu fragen – da muß man eben auch hinschauen –, welche Formen etwa von Dispositionen es in der politischen Vorstellungswelt und hinsichtlich der Mentalität gab, welche weit – bis vielleicht in die Weimarer Republik – zurückgehen. Es ist zu fragen, ob sie in dieser Zeit dazu beigetragen haben, daß es leicht fiel, sich dem System anzupassen.

Es geht aber auch um all die anderen zwangsweise erfolgten Anpassungsprozesse, welche es im Laufe der Zeit gab. Auch in der NS-Forschung geht es ja darum, nach diesen Anpassungsmechanismen und Zwängen zu fragen. Das gilt für diesen Bereich genauso, denn ich glaube, man kommt einfach nicht mehr weiter, wenn man nur nach heroischem Widerstand und Verfolgung fragt, sondern man muß auch all die anderen Bereiche des Lebens im allgemeinen und des Lebens von einzelnen mit bedenken, wenn man wirklich ein differenziertes Bild dieser Zeit haben will. Ich glaube, nur das kann unser Anliegen als Wissenschaftler sein. Die sich daraus ergebenden politischen Fragen bzw. die politische Umsetzung sind etwas anderes. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Frau Wrede-Bouvier.- Ich erteile jetzt Herrn Dr. Günter Buchstab für die Konrad-Adenauer-Stiftung das Wort.

Dr. Günter Buchstab (Konrad-Adenauer-Stiftung): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Vorzustellen habe ich Ihnen drei Projekte, die bei uns laufen. Weiter habe ich vor, aus gegebenem Anlaß noch einige Sätze über die Quellengrundlagen zu sagen.

Diese drei Projekte betreffen einmal die historische Aufarbeitung der Phase bis etwa 1950. Zweitens geht es um ein Projekt, das sich mit dem Widerstand der

CDU befaßt. Ein drittes Projekt beschäftigt sich mit den Schulungsmaßnahmen in der CDU innerhalb des SED-Regimes.

In der Geschichte der Ost-CDU kann man grob drei Phasen unterscheiden – erstens die Gründungsphase, zweitens die Gleichschaltungsphase und drittens die Phase der Kaderpartei.

Erstens: Die Gründungs – und – soweit man dies überhaupt so bezeichnen kann – die Konsolidierungsphase reichte von 1945 bis Ende 1947, in der die Vorstände unter Hermes/Schreiber und Kaiser/Lemmer dem Anpassungsdruck von Sowjets (SMA) und Kommunisten (SED) so lange widerstanden, bis sie schließlich abgesetzt wurden. In dieser Phase versuchte die CDU eine eigenständige Politik zu betreiben im Rahmen der von der Besatzungsmacht bestimmten politischen und gesellschaftlichen Bedingungen. Diese Politik war christlich-solidarisch geprägt, zielte auf die Herstellung demokratischer Verhältnisse und strebte die Einheit Deutschlands auf neutraler Grundlage an. Charakteristisch war auch die ständige Auseinandersetzung mit der KPD/SED wegen ihres Führungsanspruchs.

Vergebens hatte sich Hermes schon bei der Gründung gegen die Einbindung in die Einheitsfront des Blocks gewehrt und die Sitzungen von Ende September bis Mitte Oktober 1945 boykottiert. Auch der konzessionsbereitere Kaiser gelangte spätestens im Frühjahr 1946 zu der Überzeugung, daß die Blockzusammenarbeit der Parteien nur eine für die Öffentlichkeit inszenierte Täuschung war und die Einheitsfront am besten abgeschafft würde. So äußerte er sich jedenfalls gegenüber der britischen Militärregierung. Er wagte es aber nicht, offen die Initiative zum Bruch zu ergreifen, weil er drastische Vergeltungsmaßnahmen der SMA gegen die CDU und ihre Mitglieder befürchtete. Da weder der Austritt aus dem Block noch die Umsetzung eigener politischer Vorstellungen, z. B. bei der Bodenreform, bei der Verstaatlichung der Betriebe oder bei den Wahlordnungen für die Gemeindewahlen, möglich war, war die CDU schon kurz nach ihrer Gründung als politische Partei in gewisser Weise paralysiert.

Sie hatte ohne eigene Gestaltungsmöglichkeit die Beschlüsse der Einheitsfront mitzutragen und legitimierte somit deren Maßnahmen durch Beteiligung und Zustimmung – wenigstens nach außen. Immerhin setzte die Transformation der CDU zu einer die Vorherrschaft der SED anerkennenden Blockpartei aber erst massiv nach der Absetzung von Kaiser und Lemmer ein. Vorarbeiten für die Erforschung dieser Jahre liegen vor. Doch sind aufgrund der vielen regionalen und lokalen Quellen, die jetzt zugänglich werden, noch zahlreiche Detailstudien notwendig.

Zweitens: Die Gleichschaltungsphase deutete sich schon in massiven Behinderungen bei den Wahlen 1946 an. So wurden Plakatkleber der CDU niedergeschlagen, ohne daß die Polizei tätig wurde – z. B. in Eisleben –, CDU-Plakate wurden abgerissen oder mit SED-Plakaten überklebt. Sie äußerte

sich in Einschüchterungen bis hin zu Drohungen. So wurde eine ganze Reihe von Ortsvorsitzenden und anderen Funktionären der CDU unter einem Vorwand verhaftet und ihnen dann, nach massiven Drohungen, Gelegenheit zur Wiedergutmachung des angeblichen Vergehens gegeben, indem man sie Verpflichtungen als NKWD-Spione unterschreiben ließ, die gegen ihre Parteifreunde gerichtet waren.

Die einzelnen Schritte und Maßnahmen zur Umfunktionierung der CDU in eine prokommunistische Kaderpartei ab 1948 hat Michael Richter in seinem Buch „Die Ost-CDU“ ausführlich dargelegt, so daß hier nur auf seine Zusammenfassung auf Seite 386 ff. verwiesen werden muß.

Im wesentlichen war der Prozeß der Gleichschaltung im Jahr 1950 mit der Vorlage der Meißener Thesen von 1951, spätestens aber mit dem Erfurter Parteitag im Jahr 1952 mit der Anerkennung der führenden Rolle der SED abgeschlossen. Die Absetzung Hickmanns, des Landesvorsitzenden in Sachsen und zweiten Vorsitzenden der CDU, kurz nach der DDR-Gründung und die Zustimmung des Vorsitzenden Nuschke im Mai 1950 zu Einheitslisten bei Wahlen signalisierten, daß die CDU nun völlig in die kommunistische Diktatur eingebunden war. Alle Landesvorsitzenden, die nach der faktischen Absetzung Kaisers Ende 1947 den Koordinierungsausschuß gebildet hatten, waren bis auf Lobedanz entweder abgesetzt – so Hickmann und Trommsdorff –, im Zuchthaus gelandet – so Herwegen – oder auf mysteriöse Weise umgekommen – so Wolf. Selbst der CDU-Außenminister Dertinger, der als früherer Generalsekretär den prokommunistischen Kurs der CDU mitgetragen, wenn nicht sogar mitbestimmt hatte, wurde Opfer dieser Kampagne.

Drittens: Von Mitte 1950 an bestimmte die zentrale Riege prokommunistischer Funktionäre um Götting die CDU. Ihre Herrschaft kennzeichnet die dritte Phase der Ost-CDU, die Phase der „prokommunistischen zentralistischen Kaderpartei“. Während dieser fast 40jährigen Phase erwiesen sich die Führungsgremien der Ost-CDU als treue Erfüllungsgehilfen der SED, zumal sie meist mit ihrer Billigung eingesetzt waren. Wie sehr sie am Gängelband der SED hingen, werde ich nachher noch an einigen Beispielen verdeutlichen.

Die Aufgabe der CDU war es, christlich orientierte Bürger und die selbständigen Berufsgruppen – Handwerker, Einzelhändler und Unternehmer – an die SED-Politik heranzuführen, sie im Sinne des Staates ideologisch zu beeinflussen und an die sozialistische Gesellschaft zu binden. Durch die Bildung eines staatsbejahenden Fundaments sollten die Akzeptanz der DDR vergrößert und die Bürger zu einem zusätzlichen Engagement für den Aufbau des Sozialismus veranlaßt werden. Dies im einzelnen nachzuweisen, ist das Ziel eines weiteren Projekts mit dem Titel „Ideologische Erziehung und Kadenschulung in der Ost-CDU. Zur geistigen Formierung einer Blockpartei 1945 bis 1989“.

Die Schulungsarbeit der Parteien und Massenorganisationen bildet einen Teilbereich der politisch-ideologischen Überzeugungsarbeit. Als System der

Erziehung von Mitgliedern und Funktionären war sie ein Kennzeichen stalinistischer Kaderorganisationen. Für die Blockparteien, die seit der Anerkennung der führenden Rolle der SED (1952) keinen eigenen politisch-programmatischen Anspruch vertreten konnten, war die Schulung der eigenen Mitglieder ein zentrales Feld ihrer Parteiarbeit. Die inhaltlichen Schwerpunkte können den Prozeß der geistigen Anpassung, aber auch die Behandlung CDU-spezifischer Schwerpunkte, unter anderem christliches Engagement im atheistischen Staat, dokumentieren.

Bei der Schulung ging es nicht nur um Wissenserwerb, sondern um die Prägung eines Weltbildes und das Engagement für den Sozialismus. Vom Erfolg der Schulung hing es ab, inwieweit die geforderte ideologische Einheitlichkeit in den eigenen Reihen hergestellt und der Auftrag zur Einwirkung auf die parteilosen Bevölkerungsschichten erfüllt werden konnte.

Diese innerparteilichen Strukturen gehörten zur Tradition kommunistischer Parteien und waren insoweit in der SED selbstverständlich. In der CDU, die nach der Absetzung Jakob Kaisers schrittweise und gegen den Widerstand zahlreicher Mitglieder zu einem Instrument der kommunistischen Politik umgeformt wurde, mußte die Schulung erst mühsam durchgesetzt werden. Die langjährigen Schwierigkeiten, ein Schulungssystem nach dem Vorbild der SED einzuführen, bestätigten das Urteil der SED, die bis weit in die sechziger Jahre die Mehrheit der CDU-Mitglieder als politisch unzuverlässig einschätzte. Arbeitete die Parteiführung um Götting seit den frühen fünfziger Jahren im Sinne der SED, so reagierte die Basis häufig mit Passivität und Verweigerung.

Das genannte Projekt behandelt das System der Parteischulung in seiner inhaltlichen und organisatorischen Entwicklung. Das Thema liegt an einer Schnittstelle der Aktivitäten von Parteiführung und Mitgliedschaft und ist deshalb im besonderen Maße geeignet, die Strategien der Einflußnahme von oben ebenso wie die Reaktionen der Basis darzustellen und so eine Situationsbeschreibung der CDU und ihrer Rolle im politischen System der DDR zu versuchen. Die Studie kann also auch einen Beitrag leisten zum besseren Verständnis des Lebens in einer totalitären Diktatur.

Daß die Erfolge des Versuchs einer geistigen Formierung in den ersten Jahren nicht berauschend waren, zeigen die vielen Beispiele von Widerstand, der über den 17. Juni 1953 hinaus bis weit in die sechziger Jahre hinein nachweisbar ist und der zum Teil nur durch massivsten Druck gebrochen werden konnte.

In den späteren Jahren wurden flexiblere Methoden angewandt; direkter Terror wurde durch verstärkte Indoktrination, Überwachung, Bespitzelung und Manipulation ersetzt. Zahlreiche CDU-Mitglieder flohen angesichts des Gleichschaltungsdrucks in den Westen. Dies war auch eine Form des Widerstands und des Protestes. Eine Liste aus dem Jahre 1966 führt allein für die erste Hälfte der fünfziger Jahre gut 100 geflohene CDU-Funktionäre nur auf der Ebene

des Hauptvorstands sowie auf der Ebene der Bezirks- und Kreisvorstände an (ACDP VII-012–3442). Große Teile der CDU-Mitglieder und auch der Kreissekretäre standen dem „Aufbau des Sozialismus“ kritisch gegenüber und traten aus der Partei aus oder verließen die DDR. Von Mitte der fünfziger Jahre bis Anfang 1961 gab es ca. 2.000 Republikflüchtlinge pro Jahr aus den Reihen der CDU (ACDP VII-013–813 und-1276).

Von Unterdrückung und Ohnmacht der CDU gegenüber der SMAD und der SED, aber auch von Protest und Widerstand gegen die SED und gegen die eigene Parteiführung künden bereits die Schauprozesse gegen CDU-Mitglieder 1946/47 in Brandenburg (ACDP III-033–134), Austritte großen Ausmaßes von andersdenkenden CDU-Mitgliedern, etwa in den sächsischen Kreisverbänden Görlitz, Großenhain, Grimma und Wurzen 1950/51 (ACDP III-035–024), Akten über Parteiausschlußverfahren und Aberkennung des Volkskammermandats von politisch mißliebigen CDU-Mitgliedern 1951 (ACDP VII-012–1813) oder – ein charakteristischer Einzelfall – der erzwungene Rücktritt des CDU-Landrats Heinrich Gerlich aus Ostprieignitz auf Druck der SED im Jahre 1951 (ACDP VII-012–998). Im Februar 1982 wurde ein CDU-Mitglied, Redakteur und Leiter der Abteilung Wissenschaft/Technik beim CDU-Verlag „Union“, entlassen, weil er sich zur polnischen „Solidarnosc“ positiv geäußert hatte und zu einem schriftlichen Widerruf nicht bereit war (ACDP VII-012–3465).

Mit dem Widerstand von CDU-Mitgliedern befaßt sich folgerichtig ein weiteres Projekt „Christliche Demokraten als politische Häftlinge in der SBZ/DDR 1945 bis 1961“. Die Dokumentation soll anhand exemplarischer Fälle in Kurzbiographien Lebensschicksale ehemaliger CDU-Anhänger in der SBZ/DDR aufzeigen. Sie ist dazu gedacht, die Namen der Opfer der Vergessenheit zu entreißen und die Erinnerung an das Unrechtssystem wachzuhalten. Die Publikation verstehen wir auch als eine immaterielle Anerkennung für das demokratische Engagement der Opfer unter den Bedingungen der Diktatur.

Unsere Dokumentation erfaßt ca. 1.000 bis 1.500 Kurzbiographien und ist aufgrund der uns zur Verfügung stehenden Quellen beschränkt auf den Zeitraum 1945 bis 1961 und auf CDU-Mitglieder. Es wird zwar nur ein Bruchteil aller Inhaftierten erfaßt, trotzdem wird damit die Masse politisch begründeten Verhaftungen in der SBZ/DDR, das heißt die Willkürjustiz, die Unverhältnismaßigkeit von tatsächlichem Vergehen, Urteil und Straßmaß veranschaulicht.

Die Beispiele machen sowohl das parteipolitische Engagement der Mitglieder für die echte CDU, die „Kaiser-CDU“, als auch den geringen Handlungsspielraum der Opposition deutlich. Anhänger der CDU, die sich gegen die Anpassung und Gleichschaltung ihrer Partei an die SED-Linie wehrten, wurden verfolgt. Die vorgesehene statistische Auswertung wird Formen und Tatbestände politischer Verfolgung analysieren – nach Alter und Geschlecht, nach dem Zeitpunkt der Verhaftungen, nach Widerstandshandlungen, z. B. parteipol-

litische Tätigkeit, Westkontakte, nach Urteil, Strafmaß und nach Haftanstalten. Die Dokumentation wird auf der Basis einer Kartei des Deutschlandbüros der Exil-CDU erstellt; außerdem werden andere Akten im ACDP herangezogen. Soweit möglich, werden die Akten anhand von Häftlingskarteien in anderen Archiven überprüft.

In der Vorbereitungsphase dieses Projektes haben bereits zwei Tagungen mit ehemaligen politischen Häftlingen stattgefunden. Diese Zeitzeugen haben die Veröffentlichung ihrer Kurzbiographie fast ausnahmslos befürwortet. Gestatten Sie, daß ich anhand von einigen Beispielen die Zielsetzung unserer Veröffentlichung veranschauliche.

Zunächst ein kurzer Blick auf die offizielle Seite der Ost-CDU, die von der Funktionärsebene um Götting repräsentiert wurde. Schon im Vorfeld des Erfurter Parteitages von 1952 machte er klar, daß die Ost-CDU nicht mehr die Partei von Hermes und Kaiser war. In einem Bericht eines später in den Westen geflohenen CDU-Funktionärs (ACDP III-013-694) wird Götting zitiert: „Es reden nur die, die wir bestimmen, und sie reden nur das, was wir bestimmen.“ Alle Sicherheitsmaßnahmen würden in Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit getroffen, so daß keine Panne eintreten könne. Jeder offizielle Beitrag und jeder Diskussionsbeitrag müsse vorher von der Parteileitung genehmigt sein und zudem in Karlshorst, dem Sitz der SMAD, so rechtzeitig vorliegen, daß Einwände von dort gegebenenfalls berücksichtigt werden könnten.

Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen konnte Götting nicht verhindern, daß bei dem Parteitag die starke ideologische Heterogenität innerhalb der Partei erkennbar wurde. Mindestens die Hälfte der Delegierten – so Götting erzürnt – habe am Rande des Parteitags „skandalös westlich“ diskutiert, gegen die eigene Partei gehetzt und die Sowjetunion verunglimpft. Als Dertinger in seiner Rede gesagt habe, das Grundübel der Zeit sei „der Abfall von Gott“, habe eine solcher Beifall und Jubel eingesetzt, daß es nur peinlich gewesen sei, zumal jeder gewußt habe, gegen wen sich dieser Jubel richtete. Er, Götting, werde jetzt zusammen mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in der Partei aufräumen.

Ein eigener Ermessensspielraum blieb der Ost-CDU kaum. Die Ohnmacht und Abhängigkeit der CDU von Weisungen der SED läßt sich durch ein charakteristisches Quellenbeispiel – eines von vielen – veranschaulichen: Im Oktober 1988 bittet der Chefredakteur der „Kommunalpolitischen Blätter“, der auflagenstärksten kommunalpolitischen Fachzeitschrift in der Bundesrepublik, Herrn Götting um ein Interview, bei dem es um das Thema „Bürgerliche Parteien in der DDR“ gehen soll. Götting ist sich bewußt, daß es sich „um eine prinzipielle Frage in der vertrauensvollen Zusammenarbeit der befreundeten Parteien mit der SED handelt.“ Deshalb bittet er zunächst Honecker „um einen freundschaftlichen Rat, wie hier verfahren werden soll.“ Erst als Honecker

sein berühmtes „Einverstanden! E.H.“ auf Göttings Anfrage gesetzt und ihm zugleich noch einige Weisungen an den Rand geschrieben hat, sagt dieser das Interview zu.

Auf welche Archivalien stützen sich nun die genannten Projekte in der Hauptsache? In erster Linie auf das ehemalige „Zentrale Parteiarchiv“ der Ost-CDU, das seit Beginn der fünfziger Jahre in der Parteizentrale in Ost-Berlin aufgebaut wurde. Erste Erschließungsarbeiten erfolgten seit 1958. Von Dezember 1990 bis März 1991 wurde das Archiv in mehreren Etappen vom „Archiv für Christlich-Demokratische Politik“ (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung übernommen.

Der Bestand umfaßt ca. 375 laufende Meter, davon ist derzeit gut die Hälfte durch EDV-erstellte Findbücher erschlossen. Er enthält die Sitzungsprotokolle, Rundschreiben und Arbeitsunterlagen der leitenden Parteigremien – Hauptvorstand, Präsidium des Hauptvorstandes, Sekretariat des Hauptvorstandes –, Protokolle von Parteitag sowie von Bezirks- und Kreisdelegiertenkonferenzen, Informationsberichte und Statistiken aus Bezirken und Kreisen an die Zentrale, Unterlagen zu Vorsitzenden, Generalsekretären und Hauptvorstandsmitgliedern sowie zur Fraktionsarbeit der Partei in der Volkskammer. Umfänglich dokumentiert sind Finanz- und Personalwesen der Partei sowie die Bereiche Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Schulung, Ausland und innerdeutsche Kontakte, übrige Parteien und Massenorganisationen, Wirtschaft, Kultur, Gesundheits- und Sozialwesen, Frauen, Jugend und Sport sowie Kirchenfragen.

Außer dem Zentralen Parteiarchiv wurde auch das Material der Bezirks- und Kreisverbände der Ost-CDU und das der „Zentralen Schulungsstätte“ der Partei in Burgscheidungen vom ACDP übernommen. Bei den 15 Bezirken macht das ca. 600 laufende Meter aus, bei den Kreisen – von den ehemals 214 wurden bislang ca. 160 übernommen – ebenfalls ca. 600 laufende Meter. Es deckt insgesamt die Jahre 1945 bzw. 1952 bis 1990 ab, ist aber in den einzelnen Kreisen und Bezirken in sehr unterschiedlicher Dichte und Qualität erhalten. Inhaltliche Schwerpunkte sind: Finanzen, allgemeine Statistik, Mitgliederbewegung, Informationsberichte, Protokolle von Sitzungen der Verbandsgremien, Schriftverkehr, Kaderpolitik, Wahlen, Schulung und Kontakte zu den Kirchen. Das Burgscheidunger Material – ca. 50 laufende Meter einschließlich Karteien und Tonträgern – dokumentiert Entstehung, Einrichtung und Verwaltung der Schulungsstätte und ihrer Vorläufer (1948 bis 1990) und enthält hauptsächlich Unterlagen zu den Lehrgängen und ihren Teilnehmern.

Die genannten Materialien, zuzüglich derer der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD), machen insgesamt etwa 2.000 laufende Meter aus. Knapp 150 Benutzer haben sich bislang für diese Parteiakten interessiert. Gut

die Hälfte davon hat zu wissenschaftlichen oder sonstigen Forschungszwecken unmittelbar daran gearbeitet.

Die Akten zeigen ausschließlich das parteiinterne Leben. Da die zu den Akten gehörigen Bücher und Zeitschriften vom ACDP übernommen wurden, hat auch unsere Bibliothek einen Zuwachs von ca. 20.000 Einheiten an Büchern und Broschüren zu verzeichnen. Auch alle Zeitungen und Zeitschriften der Ost-CDU sind seit 1945 nahezu vollständig in unserer Bibliothek zu erhalten. Zusammen mit den Nachlässen und Nachlaßsplintern derer, die in den Westen gegangen sind, den Akten der Exil-CDU sowie den Tonbandmitschnitten von Zeitzeugenbefragungen bieten sich also hervorragende Arbeitsmöglichkeiten, die bereits intensiv genutzt werden.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich bitte darum, mir bis zur nächsten Sitzung der Enquete-Kommission das Götting-Zitat zukommen zu lassen. Ich habe den Eindruck, daß das manche Arbeit erleichtert.

Nun bitte ich Herrn Dr. Jürgen Frölich für die Friedrich-Nauman-Stiftung um Stellungnahme. Ich selbst muß mich verabschieden und übergebe der Stellvertretenden Vorsitzenden, Frau Margot von Renesse, den Vorsitz.

Dr. Jürgen Frölich (Friedrich-Naumann-Stiftung): Vorab eine kurze Bemerkung zum Referat von Herrn Prof. Fischer, dem ich danke, daß er auf die LDP eingegangen ist. Sie merken schon, ich lege Wert darauf, daß anders als bei der CDU es bei uns eine große Rolle gespielt hat, daß das Parteikürzel zunächst LDP war und die Partei LDPD erst seit 1951 oder 1952 – genau zu dem Zeitpunkt, an dem die Partei gleichgeschaltet worden ist – geheißen hat. Insofern unterscheiden wir zwischen LDP und LDPD. Deshalb heißt es Forschungen zur LDP(D).

Die Geschichte der Partei ist als Arbeitsbereich innerhalb der Friedrich-Naumann-Stiftung thematisch und organisatorisch beim Archiv des Deutschen Liberalismus in Gummersbach angesiedelt. Das trifft sowohl auf die archivalischen Hinterlassenschaften als auch auf die wissenschaftliche Aufarbeitung ihrer Geschichte zu. Über beides werde ich kurz berichten.

Im Mittelpunkt unserer Arbeit steht derzeit ein Forschungsprojekt unter dem Titel „Liberale unter kommunistischer Herrschaft – die Geschichte der LDP 1945 bis 1952“. Sie werden sofort sagen, daß dieser Arbeitstitel etwas schwammig ist. Das möchte ich erklären. Dazu ist ein Rückblick auf die Entstehung des Forschungsprojekts nötig.

Den Ausgangspunkt bildete eine Bemerkung von Wolfgang Leonhard, die er Ende 1988 bei einem Treffen des LDP-Bundesbeirates gemacht hat. Der LDP-Bundesbeirat – inzwischen aufgelöst – war damals ein Zusammenschluß von ehemaligen LDP-Mitgliedern, die im Westen lebten. Wichtig ist dabei das Datum 1988, es weist darauf hin, daß die Ursprünge noch vor der großen dramatischen Wende in Deutschland und in Osteuropa gelegen